



AgEcon SEARCH

RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

No endorsement of AgEcon Search or its fundraising activities by the author(s) of the following work or their employer(s) is intended or implied.

Nooij, A. T. J.: Der Einfluss von Wertvorstellungen auf die agrarpolitischen Entscheidungen.
In: Schlotter, H.-G.: Die Willensbildung in der Agrarpolitik. Schriften der Gesellschaft für
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 8, Münster-Hiltrup:
Landwirtschaftsverlag (1971), S. 55-66.

DER EINFLUSS VON WERTVORSTELLUNGEN AUF DIE
AGRARPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN

von

A. T. J. N o o i j ,

Institut für Agrarsoziologie, Wageningen (Niederlande)

1	Wertvorstellungen und Agrarpolitik	55
2	Wertvorstellungen und Interessen	56
3	Schrumpfung der Landwirtschaft	58
4	Die ideologische Verteidigungslage der Land- wirtschaft	59
5	Ideologiekritik	61
6	Die neuen Wertvorstellungen	63
7	Schluß	66

1 Wertvorstellungen und Agrarpolitik

Anfang der sechziger Jahre organisierte das Center for Agricultural and Economic Adjustment der Iowa State University eine Tagung mit dem Thema "Ziele und Werte der Agrarpolitik". Das erste, von O.HEADY und LEE G. BURCHINAL (5, S.1) verfaßte Kapitel des Tagungsberichtes wird mit der kurz und bündig formulierten These eingeleitet: "The major problems in farm policy evidently are those of goals and values". (Die wichtigsten Probleme der Agrarpolitik sind offensichtlich die Ziele und Werte). Ihre Beschreibung der damaligen Lage der amerikanischen Landwirtschaft ist der gegenwärtigen Lage der westeuropäischen Landwirtschaft sehr ähnlich. Die Probleme der wachsenden Agrarüberschüsse und das Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Einkommen sind derart, daß man tatsächlich von einer Krisensituation sprechen kann. Diese Probleme bestehen nicht - so führten HEADY und BURCHINAL aus - weil den Ökonomen die Einsichten in die Ursachen fehlen, oder weil sie keine Alternativen zur Verbesserung der Lage formulieren könnten. Die Ökonomen können sehr wohl eine Reihe von effektiven Methoden zur Lösung der Agrarprobleme nennen, und zwar sowohl zur Verbesserung des Agrareinkommens als auch zur Sicherung der Rentabilität der eingesetzten Produktionsmittel, als zur Beseitigung der Überschüsse, welche eine ständige Bedrohung der Lage der Bauern und eine Belastung der Steuerpflichtigen darstellen. Dennoch besteht das Agrarproblem weiter. Für die verschiedenen Teilaspekte haben die Ökonomen zwar Lösungen parat. Wenn es aber um Gesamtlösungen geht, um gültige Formulierungen der zentralen Zielsetzungen der

Agrarpolitik, wird die Sache bedeutend komplizierter. Denn dann treten offenbar Wertvorstellungen auf den Plan.

2 Wertvorstellungen und Interessen

Es ist vielleicht überflüssig darauf hinzuweisen, daß der Einfluß von Wertvorstellungen und Ideologien auf das politische Handeln beschränkt ist. Meistens mit Wertungen und Ideologien kombiniert beeinflusst der Machtkampf der Interessenverbände nachweisbar den politischen Prozeß. Interessenverbände können schon vorhandene Wertvorstellungen benützen oder versuchen, neue Wertvorstellungen durchzusetzen, um ihre Machtpositionen zu stärken.

Dies trifft auch in der Agrarpolitik zu. Im Rahmen der Agrarpolitik gibt es Machtgruppierungen mit unterschiedlichen Interessen. Die Interessen der Bauern stehen nicht immer in Einklang mit denen der Konsumenten und der Steuerpflichtigen, und dasselbe kann man in bezug auf die Bauern auf der einen Seite und die Agrarindustrie und den Landhandel auf der anderen Seite sagen. Und selbst in den Reihen der Landwirtschaft herrscht nicht immer Einmütigkeit.

Daß die Interessenverbände verschiedene Methoden benutzen, um die Entscheidungen der politischen Führung zu beeinflussen, ist bekannt. In einer Demokratie haben die Interessenverbände die Möglichkeit, ihren Einfluß über die Parlamentarier geltend zu machen. Die Verfassung ermöglicht meistens auch eine außerparlamentarische Vertretung der Interessen bei den Behörden. Im Vergleich mit der handfesten Interessenvertretung ist der Einfluß weniger konkreter Kräfte, wie Werten und Normen, im allgemeinen nicht so offensichtlich. Dies kann die Frage veranlassen, ob überhaupt von einem autonomen Einfluß der Werte die Rede sein kann, und falls es tatsächlich einen solchen Einfluß gibt, ob dieser nicht sehr gering ist im Vergleich mit dem Einfluß der strukturellen Machtstellungen, welche die Interessenverbände besitzen.

Diese Auffassung finden wir in einer prägnanten Form im Marxismus. Infolge einer Modifizierung der damaligen ontologisch-materialistischen Philosophie zu einer historisch-materialistischen gelangte MARX zu der Auffassung, daß es keinen autonomen Einfluß von Werten, Normen usw. auf die ökonomische Entwicklung gäbe; Ideologien seien keine unabhängigen Faktoren sondern abgeleitete. Sie würden als Quasi-Legitimierung schon eingennommener Stellungen in der gesellschaftlichen Klassenstruktur wirken. Daß MARX sich nüancierter ausdrückte und nicht nur ein deterministisches, sondern auch ein voluntaristisches Element in seine Lehre eingebaut hat, kann als bekannt vorausgesetzt werden.

Gegenüber dieser materialistischen Sicht, welche eine Minimierung der ideologischen Elemente im Prozeß der ökonomischen Entwicklung behauptet, steht die idealistische Auffassung, welche wir besonders bei MAX WEBER betont finden. MAX WEBER vertrat zum Beispiel die Auffassung, daß den Wertvorstellungen im Protestantismus ein sehr wichtiger Einfluß auf die anfängliche Entwicklung des Kapitalismus in Europa zugeschrieben werden muß. Nach seiner Meinung handelt es sich hier um einen Wertkomplex, der insofern als autonom gekennzeichnet werden kann, als er nicht der Legitimierung der Machtstellung irgendeiner Gruppe diene. MAX WEBER's Sicht ist nicht nur von historischer Bedeutung, sondern hat auch eine hervorragende aktuelle Relevanz. Ein sehr wichtiges Thema in der gegenwärtigen soziologisch-ökonomischen

Forschung bezieht sich auf die Frage, inwieweit Normen, Werte und ideologisch formalisierte Wertsysteme bei der Initiierung der ökonomischen Entwicklung in der sogenannten Dritten Welt eine Rolle spielen. Eine äußerst wichtige Frage in diesen Ländern lautet, wie die Steigerung des Konsums - wenn es überhaupt eine Steigerung gäbe - so gelenkt und beschränkt werden kann, daß Investitionen möglich werden (BREMANN, 3). In Europa wurde nach MAX WEBER dieser Investitionsspielraum durch das Wertsystem des Calvinismus geschaffen, das zur "innerweltlichen Askese" führte. BELLAH hat darauf hingewiesen, daß in Japan eine nationalistische Ideologie während der Meiji-Periode eine ähnliche Funktion erfüllte (BELLAH, 2).

Wir können daraus also schließen, daß den Werten, ob sie in Ideologien formalisiert sind oder nicht, eine wichtige Rolle im Prozeß der ökonomischen Entwicklung zugeschrieben werden kann. Ganz bestimmt spielen Ideologien eine entscheidende Rolle, wenn sie bewußt als Instrumente der politischen Führung eingesetzt werden.

Können Ideologien bzw. Wertvorstellungen eine ähnliche Rolle auch im Rahmen der westeuropäischen Agrarpolitik spielen? Können Wertvorstellungen und Ideologien dieser Politik eine normative Grundlage vermitteln? Und ist es vorstellbar, daß der Einfluß einer Ideologie eine beträchtliche Änderung der Politik zur Folge hat?

Bei der Beantwortung dieser Fragen sollten wir uns bewußt sein, daß die agrarpolitischen Probleme in Europa ganz anders sind als in den Entwicklungsländern. Dort ist die Agrarpolitik auf die Expansion der Agrarproduktion ausgerichtet. In Westeuropa beabsichtigt dagegen die Agrarpolitik die Schrumpfung der Landwirtschaft. Zwar besteht ein wichtiger Teil der europäischen Agrarpolitik darin, Betriebe zu vergrößern. Dies ist aber nur die eine Seite der Medaille. Denn, wenn man von der Vergrößerung einzelner Betriebe spricht, wird implizite immer ein zahlenmäßiger Rückgang der Gesamtzahl als notwendiges Korrelat vorausgesetzt. Wenn der einzelne Bauer bestrebt ist, seinen Betrieb zu vergrößern, dann steht in vielen, wenn nicht in allen Fällen die Überlegung dahinter, daß ohne Aufstockung seine Existenz bald gefährdet wäre.

In einer solchen Situation gewinnt der Einfluß von Werten und Ideologien eine neue Bedeutung. Wo es sich, wie in vielen Entwicklungsländern, um eine vom Staat planmäßig stimulierte Expansion handelt, wird die Ideologie in erster Linie von der staatlichen Wirtschaftspolitik benützt. Mit Hilfe von Ideologien versuchen die Wirtschaftspolitiker den Konsum zu drosseln. Er soll hinter dem Produktionswachstum zurückbleiben, damit Kapital für weitere Investitionen akkumuliert werden kann. Handelt es sich dagegen um eine planmäßige Verkleinerung eines Wirtschaftszweiges, dann besteht bei den Opfern dieser Schrumpfungspolitik das Bedürfnis, sich mit Hilfe von Ideologien zu verteidigen. Abweichend von der Situation in dem Expansionsmodell, wo die idealistische Sicht MAX WEBER's bezüglich der Funktion von Ideologien vielleicht stimmt, dürfte im Schrumpfungsmo-
dell die MARX'sche Sicht von der Legitimierungsfunktion der Ideologien zutreffender sein.

Im folgenden werden wir auf die Frage der Verteidigungslage der Landwirte und ihre Verteidigungsideologie näher eingehen. Aufgrund einer Ideologiekritik werden wir versuchen festzustellen, inwieweit die Landwirtschaft ihre ideologische Aufrüstung gestalten muß.

3 Schrumpfung der Landwirtschaft

Daß die Landwirtschaft in verschiedener Hinsicht ein schrumpfender Wirtschaftsbereich ist, zeigt sich unmittelbar in dem überall in Europa festzustellenden zahlenmäßigen Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe. Noch deutlicher ist die Abwanderung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft. Auch die landwirtschaftliche Nutzfläche wird immer kleiner. Die in der Landwirtschaft verdienten Einkommen sehen dagegen auf den ersten Blick günstiger aus.

In den Niederlanden hat sich das relative Agrareinkommen - das heißt das Verhältnis zwischen dem Anteil der Landwirtschaft an der gesamten Erwerbsbevölkerung und dem Anteil der Landwirtschaft am Nationaleinkommen - seit dem Zweiten Weltkrieg erheblich verbessert (VAN DEN NOORT, 10). Die Löhne der Landarbeiter sind etwa auf das Niveau der Industriearbeiterlöhne gestiegen. Auch den Bauern ist diese Einkommenshöhe mittels der Festsetzung einiger Agrarpreise zugebilligt worden. Der Erfolg dieser Politik ist, von jährlichen Schwankungen abgesehen, eine Einkommensparität. Der Anteil der Agrarbevölkerung stimmt im großen und ganzen überein mit ihrem Anteil am Nationaleinkommen.

Obwohl eine erhebliche Verbesserung des Relativeinkommens im Agrarbereich nachweisbar ist, dürfte jedoch nicht geschlossen werden, daß das Agrareinkommen keine Probleme mehr darstellt.

Die Einkommensparität ist nur dann zu verteidigen, wenn im Durchschnitt die Qualität der in der Landwirtschaft geleisteten Arbeit gleichgesetzt werden kann mit der Arbeitsleistung in den übrigen Wirtschaftssektoren. Wichtiger ist aber, daß man nicht um die Tatsache herumkommt, daß infolge der selektiven Abwanderung der Bauern mit niedrigen Einkommen das durchschnittliche Agrareinkommen zwar steigen kann, ohne daß es eine Steigerung des durchschnittlichen Einkommens derjenigen Bauern gibt, die in der Landwirtschaft bleiben (MC ELVEEN, 4). Schließlich muß auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft sehr erheblich sind. Nicht zu Unrecht können viele Bauern ihre Einkommenslage nur als "kritisch" beurteilen. Daß nur mit Hilfe von Subventionen einer noch ungünstigeren Einkommensentwicklung vorzubeugen ist, trägt zum Gefühl der Unsicherheit unter den Bauern bei.

Einem Teil der Bauern gelingt es, mit mehr oder weniger Erfolg durch eine immer weitergehende Rationalisierung ihrer Betriebe ihr Einkommen auf eine befriedigende Höhe zu bringen. Ihre Lage ist dennoch nicht unproblematisch. Sie fühlen sich durch eine Entwicklung getrieben, welcher sie teilweise wider Willen folgen müssen. Denn als "Strafe" droht ein existenzgefährdendes Zurückbleiben (JANSEN, 6). Schwieriger ist die Lage der Bauern, die keine Möglichkeit haben oder sehen, durch weitere Rationalisierung die steigenden Produktionskosten aufzufangen. Falls sie reale berufliche Alternativen außerhalb ihres eigenen Betriebes haben, was hauptsächlich von ihrem Alter und der Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt abhängt, werden sie ganz oder teilweise aus der Landwirtschaft ausscheiden. Wo aber diese Alternativen objektiv fehlen oder subjektiv nicht erkannt werden, erscheint die Situation ausweglos, was unter Umständen zu politischem Extremismus führen kann (NOOIJ, 9). Diejenigen, die unter solchen Umständen leben, setzen in erster Linie ihre Hoffnungen auf den Staat; sie verlangen eine Agrarpolitik, die es ihnen erlaubt, auf ihren Betrieben weiterzuwirtschaften. Müssen sie aber erkennen,

daß die Regierung eine selektive Politik treibt mit dem Ziel, nur einem Teil der Bauern die Möglichkeit zu lassen, sich zu behaupten, dann werden sie der Regierung die Schuld an ihrem drohenden Untergang geben. Wo die Regierung nur ein beschränktes Wohlwollen gegenüber der Landwirtschaft zeigt, wird ihr von jenen, denen nicht genügend geholfen wurde, Bauernfeindlichkeit vorgeworfen.

Kehren wir zurück zu jenen Bauern, die ihre Lage nicht als hoffnungslos betrachten und wenigstens vorläufig noch Möglichkeiten weiterer Rationalisierung sehen.

Es würde ebenfalls eine Simplifizierung sein, wenn wir annehmen würden, diese Bauern seien ausschließlich mit Rationalisierungsproblemen konfrontiert. Es kann nicht die Rede sein, daß diese Bauern nur Alternativen der Betriebsführung gegeneinander abzuwägen hätten. Auch diesen Bauern stellt sich unausweichlich die Frage nach dem Wohin der Entwicklung. Wo werden sie sich eines Tages finden, wenn den Tendenzen einer weiteren Mechanisierung, einer wachsenden Mindestbetriebsgröße und einer zunehmenden vertikalen und horizontalen Integration nicht irgendwann einmal Einhalt geboten wird? Wann schlägt die Entwicklung zu immer größeren Produktionseinheiten ins Qualitative um und führt zu einer Neubewertung des landwirtschaftlichen Familienbetriebes? Die Art der bäuerlichen Reaktionen auf den sog. Mansholt-Plan ist ein deutlicher Hinweis auf derartige Angstpsychosen.

4 Die ideologische Verteidigungslage der Landwirtschaft

In den Reaktionen auf das von 1968 datierende Memorandum der EWG-Kommission sind einige Elemente erkennbar, die an die Bauerntumsideologie erinnern. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt werden, daß die Einwände gegen den Plan ausschließlich ideologischer Art seien. Neben ideologischen gibt es sicher auch Argumente sachlicher Art.

Die mögliche Entwicklung hin zu einem Zustand, wo der Bauer, wie wir ihn heute kennen, nicht mehr länger der selbstverständliche Hüter der Kulturlandschaft ist, ruft Widerstände hervor, die mit der Bauerntumsideologie in gewissen Zusammenhang stehen. Diese Ideologie vom ländlichen Fundamentalismus enthält u.a. den Glauben an die geistig-seelischen Kräfte des selbständigen Bauern, die positive Wertung des Lebens in einer leicht überschaubaren Dorfgemeinschaft, die Sehnsucht nach der "guten, alten Zeit", die viele von uns teilen mögen, wenn wir auf selektiver Weise die Vergangenheit betrachten. Zuweilen wird auch dem Bauern das "klare Bewußtsein" zugeschrieben (VON KUNOWSKI, 7), das MARX für eine typische Eigenschaft des Proletariats hielt. Daß das bäuerliche Bewußtsein ein ganz anderes ist als das "klare Bewußtsein" des proletarisierten Arbeiters, braucht kaum erwähnt zu werden. Daß es auch innerhalb des Bauernstandes verschiedene Bewußtseinslagen gibt, wird aus den Ausführungen von ULRICH PLANCK deutlich.

Welcher Art sind die faktischen Konsequenzen der Bauerntumsideologie für die Agrarpolitik?

- Diejenigen, die diese Ideologie propagieren, streben nach einer konservativen Agrarpolitik. Sie verhalten sich ablehnend gegenüber gewissen Änderungen, welche spontan, das heißt unter dem Druck unregulierter Entwicklungen in der Landwirtschaft, vielleicht zustande kommen würden. Es handelt sich namentlich um Entwicklungen, die

letzten Endes dazu führen, daß im Namen der Rationalisierung die traditionellen, als persönliche Unternehmungen geleiteten Betriebe durch Großbetriebe ersetzt werden. Dieser Entwicklung wünscht man vorzubeugen, und man sieht es als Aufgabe des Staates an, geeignete Maßnahmen zu treffen. Damit soll nicht behauptet werden, diejenigen die eine konservative Agrarpolitik vertreten, wollten die völlige Zementierung der überkommenden Agrarstruktur. Sie setzen sich entschieden für weitere Entwicklungen, hauptsächlich in technischer und organisatorischer Hinsicht ein, allerdings mit der sehr wichtigen Einschränkung, daß die bäuerliche Agrarverfassung erkennbar bleiben soll. HANS BACH formuliert es in folgender Weise:

"Die agrarische Umwälzung unserer Zeit ist weder durch zu niedrige Preise und das relativ zurückbleibende Einkommen der Landwirtschaft noch durch die landwirtschaftliche Abwanderung und die Vernachlässigung des ländlichen Raumes zu erklären; das alles sind Symptome und Folgen. Die eigentliche Wurzel des modernen Agrarproblems liegt in der Entwicklung und in den Prinzipien des Industrialismus!" (BACH, 1, S.8). Und weiter:

"Die Frage lautet nicht: fortschrittliche oder rückständige Landwirtschaft, sondern: industrialisierte, kommerzialisierte Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen oder moderne bäuerliche Landwirtschaft unter Wahrung der Familienstruktur (selbstverständlich auf rationeller Basis und mit Einsatz der zeitgemäßen technischen, organisatorischen und marktökonomischen Möglichkeiten!)" (BACH, 1, S. 9).

Wenn BACH in seinem lesenswerten Buch die konservative Ideologie verteidigt, weißt er auf die Bedeutung von Leitbildern für die konkrete Agrarpolitik hin. Im allgemeinen kann die Politik einer normativen Grundlage von Werten nicht entbehren: "Dennoch bleibt die Notwendigkeit, in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine Konzeption zu haben. Das Leitbild geht von der jeweils gegebenen Wirklichkeit aus und ist auf Ordnung gerichtet, die zu verwirklichen ist. Jede Ordnungspolitik setzt Wertvorstellungen voraus, die sich in der Zielsetzung konkretisieren". (BACH, 1, S.50). BACH ist realistisch genug, um zu erkennen, daß auch dann Kompromisse notwendig werden können, wenn es ein mehr oder weniger einheitliches Wertesystem als Ausgangspunkt für die Formulierung von konkreten politischen Zielen gibt. Diese Art von Kompromissen, so sagt er, muß man aber deutlich unterscheiden von jenen, welche aus dem Zusammenfügen von wesensverschiedenen Ordnungsprinzipien resultieren. Wer einerseits an dem Leitbild des Familienbetriebes als landwirtschaftliche Organisationsform festhält, andererseits aber die industriewirtschaftlichen Prinzipien auch für die Landwirtschaft als gültig erklärt, darf sich über die auftretenden Probleme nicht entrüsten. Sie sind dann unvermeidlich.

Fragen wir, wie sich eine konservative Agrarpolitik auswirkt, dann muß in erster Linie darauf hingewiesen werden, daß den Bauern ein Schutz geboten wird; allerdings nur insoweit, als die Ideologie, welche dieser Politik zugrunde liegt, auch außerhalb der Landwirtschaft Anhänger findet, welche die Agrarpolitik beeinflussen. Die konservative Ideologie geht von einer bestehenden oder drohenden Mangellage aus, weniger von einem Mangel an Nahrungs- und Rohstoffen als von einem Mangel an Bauern. Wird diese Mangellage eindringlich genug publik gemacht, dann kann auch das Interesse der nicht unmittelbar Betroffenen, also der Nichtlandwirte, an einer kollektiven Positionsverbesserung der Bauern geweckt werden. Vielleicht wird

eine Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichts als schädlich empfunden. Dadurch kann die Macht der "knapp werdenden Gruppe" unter Umständen gestärkt werden, ohne daß sie sich selbst um eine schlagkräftige Standesorganisation zu bemühen braucht. Die konservative Ideologie kann deshalb - wenigstens in der Theorie - eine für den Bauern kurzfristig gesehen, sehr erfolgreiche Ideologie sein. Sobald man außerhalb der Landwirtschaft bereit ist, diese Ideologie zu akzeptieren, wird sogleich die Gefahr einer drohenden Störung des Gleichgewichts als Folge einer fortdauernden Abwanderung aus der Landwirtschaft erkannt. Die Machtsteigerung der Landwirtschaft braucht nicht erobert zu werden, sondern wird in einer derartigen Situation einfach angeboten.

Angesichts dieser Zusammenhänge sollten wir uns dessen bewußt bleiben, daß nicht jedem Vertreter der Bauerntumsideologie vorgeworfen werden kann, er mache sich einer ideologisch markierten Vertretung von Verbandsinteressen schuldig. In Wirklichkeit handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Sicht, von der die Art und Weise in der man die Agrarproblematik einschätzt, nur ein Teil ist. Wohl aber kann man sagen, daß diejenigen, die als Bauern bestimmte Interessen zu verteidigen haben, leichter zu einer positiven Einstellung gegenüber dieser Ideologie kommen werden. Nichtsdestoweniger bleibt die Frage relevant, inwieweit die konservative Ideologie einen realen Einfluß auf die praktische Agrarpolitik ausübt.

5 Ideologiekritik

Die wissenschaftliche Kritik von Ideologien kann auf die Frage gerichtet sein, inwieweit das Bild, das die Ideologie von der Realität vermittelt, in Einklang mit der Wirklichkeit steht oder auf einer Selektion von Einzelerscheinungen beruht. Außerdem können Ideologien unter der Fragestellung betrachtet werden, ob sie zur Änderung oder zur Konsolidierung von gesellschaftlichen Strukturen beigetragen haben. Die erste Form von Ideologiekritik richtet sich auf die externe Konsistenz, das heißt die Validität der Ideologie; die zweite Form beschäftigt sich mit den Wirkungen und Funktionen einer Ideologie.

Im Blick auf die erste Form von Ideologiekritik ist es wichtig festzustellen, daß es keinen absoluten Unterschied zwischen Wertsystemen und Ideologien gibt. Ideologien sind systematisierte und zum Ausdruck gebrachte Wertsysteme. Der Prozeß der Systematisierung und Ausdrücklichmachung hat zur Folge, daß die interne Konsistenz der Elemente, welche die Ideologie konstituieren, verstärkt wird. Diese Verstärkung der internen Konsistenz wird manchmal eine Schwächung der externen Konsistenz zur Folge haben. Das Bild der Wirklichkeit wird in dem Maße einseitig verzeichnet sein, als die Ideologie weiter systematisiert und damit in sich geschlossener wird. In einer kritischen Analyse der Bauerntumsideologie hat JOACHIM ZICHE auf diese externe Inkonsistenz hingewiesen. (ZICHE, 12).

Wie gesagt, kann eine Ideologie nicht nur auf ihre externe Konsistenz geprüft werden, sondern auch auf ihre Wirkungen. Diese Wirkungen können von zweierlei Art sein. Erstens gibt es eine nach innen gerichtete integrative Wirkung, und zweitens eine nach außen legitimirende Wirkung. Einerseits können wir also fragen, inwieweit eine Ideologie das Verhalten ihrer potentiellen Anhänger zu orientieren vermag, also eine organisatorische Sammlung der Kräfte bewirkt; andererseits können wir fragen, inwieweit eine Ideologie glaubwürdig

ist für Außenstehende, und damit die relative Machtstellung der Ideologieträger unterstützt.

Im Rahmen dieser Erörterung beschränken wir uns auf die letzte Frage. Wir gehen also vorbei an den Wertvorstellungen der Bauern selbst und an ihrer Einstellung gegenüber Industrialisierung der Landwirtschaft, Abwanderung, Betriebsvergrößerung, horizontale und vertikale Integration usw.

Ist die Bauerntumsideologie für diejenigen, die keine speziellen Beziehungen zur Landwirtschaft haben, in genügendem Maße glaubwürdig und überzeugend, um die heutigen Einkommensübertragungen (Subventionen) zu legitimieren? Angesichts dieser Frage ist auch BACH wenig optimistisch:

"Die bäuerliche Landwirtschaft ist in der Industriegesellschaft zum Ärgernis geworden... Die Landwirtschaft ist nicht nur Außenseiter im wirtschaftlichen Wachstum, sie steht auch sozusagen am Rande der öffentlichen Meinung. Nach den Ergebnissen von Meinungsbefragungen zu schließen, wird die Landwirtschaft häufig als rückständig und schwerfällig angesehen". (BACH, 1, S.23).

Mit Recht weist BACH in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die öffentliche Meinung oft nicht in Einklang mit der Wirklichkeit ist. Wahrscheinlich im Gegensatz zu der öffentlichen Meinung, sind die Agrarprobleme nicht aus einer Ablehnung des technischen Fortschrittes schlechthin zu erklären, sondern aus einer sehr raschen Anwendung der produktivitätssteigernden Methoden. Nicht die Ablehnung, sondern die rasche Anwendung des technischen Fortschritts in einer nur sehr langsam sich ändernden Agrarverfassung hat die Problematik hervorgerufen.

Wenn BACH aber mit Recht voraussetzt, daß die öffentliche Meinung auf längst überholten Klischees der Landwirtschaft beharre, dann müßte man daraus auf Wertvorstellungen in breiten Schichten der Bevölkerung schließen, nach denen Subventionen für die Landwirtschaft nur dann legitim wären, wenn sie den Rationalisierungsprozeß fördern würden. Es muß dann außerdem angezweifelt werden, daß die öffentliche Meinung die Realisierung der politischen Wünsche genügend unterstützt, welche aus der Bauerntumsideologie hervorgehen. Denn es ist doch ein kennzeichnender Aspekt dieser Ideologie, daß der fortschreitenden Rationalisierung der Landwirtschaft Grenzen gesetzt werden. Akzeptiert die öffentliche Meinung derartige Grenzen? Diese Frage kann nicht eindeutig beantwortet werden, da einschlägige Untersuchungen fehlen. Es handelt sich hier aber nicht nur um eine amorphe öffentliche Meinung. Wichtiger für die Zukunft der Landwirtschaft ist die Meinung derjenigen, die auf Grund ihrer gesellschaftlichen Position im Wirtschaftsleben, in den Gewerkschaften, in der Ministerialbürokratie oder in politischen Parteien einen gewissen Einfluß auf die Formulierung der Agrarpolitik ausüben können. Wir können nicht umhin, festzustellen, daß es in der nichtlandwirtschaftlichen Presse nur wenig Stimmen gibt, die eine Ausnahmesituation der Landwirtschaft anerkennen.

Obwohl der Widerstand gegen eine Agrarpolitik, welche die Landwirtschaft im Windschatten industrieller Prinzipien belassen möchte, meistens mit ökonomischen Argumenten (z.B. Kosten des Lebensunterhaltes) begründet wird, ist der tatsächliche Hintergrund wahrscheinlich nicht von ökonomischer Art. Dahinter steht eine Kombination von gesellschaftlichen Wertvorstellungen, deren Anwendung im Agrar-

reich jedoch eine gewisse Neugestaltung der Agrarpolitik zur Folge haben müßte. In bezug auf die Landwirtschaft können wir deshalb von neuen Wertvorstellungen sprechen.

6 Die neuen Wertvorstellungen

Mehrfach ist in der Literatur schon darauf hingewiesen worden, daß eine nicht maximal rationalisierte Organisation der landwirtschaftlichen Produktion vom rein ökonomischen Standpunkt aus zwar als eine volkswirtschaftliche Verschwendung angesehen werden müsse, die mit dieser Verschwendung verbundenen Kosten aber nicht unerträglich hoch seien. In Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland oder in den Niederlanden, wo nur noch ein geringer Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist, kann eine weitere Rationalisierung der Agrarproduktion nur noch wenig zur Steigerung des Nationalproduktes beitragen. Dieser Beitrag wird außerdem erheblich reduziert durch die Kosten des Sanierungsprozesses: Subventionen für Betriebsaufgabe, berufliche Umschulung, Stimulierung der ländlichen Industrialisierung, Beratung, strukturverbessernde Maßnahmen und Betriebsinvestitionen. Unter rein ökonomischen Gesichtspunkten könnte man tatsächlich auf eine weitere Rationalisierung der Landwirtschaft verzichten und auf andere Weise die Einkommensparität gewährleisten. Weder die deutsche noch die niederländische Wirtschaft würde dadurch zerrüttet.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß die Bereitschaft, einer solchen ökonomischen Verschwendung zuzustimmen, wahrscheinlich nicht groß ist. VAN RIEMSDIJK hat diesen Sachverhalt überspitzt ausgedrückt, wenn er schreibt, daß es schwerlich auch nur das geringste Bedürfnis für ein Acker- und Wiesenmuseum von Sizilien bis Sylt geben könne. (VAN RIEMSDIJK, 11, S.590). Diese Formulierung ist zwar deutlich, aber nicht ganz korrekt. Denn wünscht nicht die öffentliche Meinung - wenigstens teilweise - das von VAN RIEMSDIJK apostrophierte Museum? Aber - und hier zeigt sich eine Inkonsequenz - sie ist gleichzeitig gegen eine Sonderbehandlung der Landwirtschaft. Diese letztgenannte Haltung ist auf eine Wertvorstellung gegründet, die allem Anschein nach in Zukunft einen größeren Einfluß auf die Landwirtschaft bekommen wird.

Eine Politik, welche von dieser Wertvorstellung ausgeht, versagt der Landwirtschaft eine Ausnahmestellung. Sie fordert von der Landwirtschaft wie von anderen Wirtschaftszweigen einen optimalen Beitrag zum Nationalprodukt. Um die Landwirtschaft dazu instandzusetzen, ist die Bereitschaft der Öffentlichkeit, die Landwirtschaft zu unterstützen, ziemlich groß. Diese auf eine weitere Sanierung der Landwirtschaft gerichtete Unterstützungswilligkeit kann so groß sein, daß einige Kritiker, die an sich völlig mit der Zielsetzung dieser Agrarpolitik einverstanden sind, fragen, ob die Kosten den Nutzen nicht übersteigen. Daß sich diese Frage aufdrängt, beweist die Kraft einer Wertvorstellung, die den optimalen Beitrag der Landwirtschaft zum Nationalprodukt postuliert. Wir sprechen von einer "makro-ökonomischen Wertvorstellung" (NOOIJ, 8).

Es ist eine interessante Aufgabe der empirischen Sozialforschung zu prüfen, in welchem Maße und mit welcher Intensität diese makro-ökonomische Wertvorstellung bei der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung verbreitet ist. Im allgemeinen soll man sich übrigens dessen bewußt sein, daß die weitergehende Integration der Agrarbevölke-

rung in der gesamten Gesellschaft zur Konsequenz haben muß, daß der Agrarsoziologe sich in seinen Untersuchungen nicht länger auf den internen landwirtschaftlichen Vorgängen beschränken kann und auch die nicht unmittelbar auf der Landwirtschaft bezogenen Gruppen in seinen Prüfungen einbeziehen soll. Den Ergebnissen solcher Forschungen vorgreifend scheint die Hypothese annehmbar, daß die makro-ökonomische Wertvorstellung von breiten Schichten getragen wird.

Eine zweite Annahme ist, daß es zwar die Bereitschaft zur Förderung im Sinne einer Realisierung der makro-ökonomischen Wertvorstellungen gibt, aber nicht zur Konservierung der heutigen Landwirtschaft. Eine dritte Hypothese lautet, daß die Bereitwilligkeit, die Landwirtschaft zu unterstützen, nicht nur auf makro-ökonomischen sondern auch auf mikro-sozialen Wertvorstellungen gründet. Diese mikro-sozialen Wertvorstellungen beinhalten, daß es nicht hingenommen werden dürfte, daß die Lebensumstände der in der Landwirtschaft tätigen Menschen unter ein gewisses Minimum sinken. Sind diese drei Annahmen richtig, dann gibt es eine Bereitwilligkeit, die Landwirtschaft zu unterstützen, die sich aber offensichtlich nicht aus den Wertvorstellungen der Bauerntumsideologie ableitet (makrosozial).

Wenn wir die Verhandlungen der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments einmal daraufhin überprüfen, ergibt sich, daß unter den Parlamentariern die Bauerntumsideologie nur noch einen sehr schwachen Anklang findet. Trotzdem gibt es eine kräftige Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Landwirtschaft. Diese beruht allerdings nicht auf der Bauerntumsideologie, sondern auf zwei anderen Wertvorstellungen, der makro-ökonomischen und der mikro-sozialen. Einerseits besteht die nahezu allgemeine Überzeugung, daß Strukturmaßnahmen in der Landwirtschaft unumgänglich sind, was u. a. die Anerkennung beinhaltet, daß die Abwanderung von selbständigen Bauern aus der Landwirtschaft stimuliert werden soll; andererseits zeigt sich eine gewisse Sorge über die Lebensumstände mancher Bauern.

Diese Kombination der beiden genannten Wertvorstellungen (Produktionseffizienz und individuelle Wohlfahrt) ist nicht nur in der Agrarpolitik spürbar, sondern auch in der Politik gegenüber anderen Wirtschaftszweigen. Immer, wenn der niederländische Staat einem Wirtschaftszweig Unterstützung gewährt, wird diese Einwilligung auf zwei Überlegungen gegründet: Gewährleistung eines höheren Beschäftigungsstandes und Überbrückung einer Übergangsperiode, die zu Strukturen führen soll, die eine weitere Unterstützung überflüssig machen.

Dazu einige Beispiele:

Am 15. Februar 1967 empfing die Zweite Kammer einen Brief des Wirtschaftsministers, in dem er mitteilte, die Regierung sei bereit, der niederländischen Schiffbauindustrie einen zeitlich begrenzten Förderungsbeitrag zu geben. In seinem Brief erklärte der Minister, daß eine effektive Rationalisierung, eine Spezialisierung und eine weitere Integration dieses Gewerbezweiges fünf Jahre erfordern könnte; in dieser Periode sollten die betroffenen Werften ihre Ausrüstung auf einen ausreichenden Stand bringen, wozu sie aber aus eigenen Kräften nicht imstande seien. Die diesbezügliche Gesetzesvorlage wurde am 22. Juni von der Zweiten Kammer angenommen. Am 2. Oktober 1969 wurde dem Verolme-Konzern (Schiffbauindustrie) eine Kreditgarantie gegeben. In einem Communiqué des Wirtschaftsministeriums wurde dazu gesagt, der Kredit diene zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten, die den Beschäftigungsstand bedrohten.

Die Staatshilfe wurde im ersten Fall mit einem Hinweis auf die Um-

strukturierung, im zweiten Fall mit der Sicherung der Arbeitsplätze begründet. Dieselben Argumente finden wir auch wieder in der Textilindustrienote der niederländischen Regierung vom 25. Mai 1967. Darin wird u.a. festgestellt, daß die Unterstützung zu einer ökonomisch verantwortbaren Produktion führen solle, und daß bei Versagen der Unterstützung ernsthafter ökonomischer und sozialer Schaden für die Gemeinschaft nicht zu vermeiden sei.

Ein letztes Beispiel bezieht sich auf die Wolleindustrie in der Stadt Tilburg. Im Mai 1968 teilte der Wirtschaftsminister mit, die Regierung sei bereit, diesen Gewerbezug finanziell zu unterstützen, falls die in einem Gutachten vom Februar 1968 empfohlene Umstrukturierung durchgeführt werde. In dem Gutachten war u.a. erwähnt worden, mindestens 1400 Arbeitnehmer würden infolge des empfohlenen Strukturwandels ihren Arbeitsplatz verlieren. Auf Grund dieser ungünstigen Erwartungen, sagte die Regierung im März 1968 zu, neu in Tilburg errichtete Betriebe würden eine Investitionshilfe erhalten.

Diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. In jedem Fall können wir feststellen, daß die Regierung dann einem Gewerbezug Subventionen zu geben bereit ist, wenn dadurch der Beschäftigungsstand gesichert wird oder Strukturmaßnahmen eingeleitet werden, die aus eigener Kraft nicht bewältigt werden können. Außerdem sind alle diese staatlichen Maßnahmen temporärer Art. Für eine befristete Periode wird ein Gewerbezug abgeschirmt gegen die Kräfte einer kompetitiven Ökonomie, um auf diese Weise einen Zustand herbeizuführen, der die Ausnahmelage wieder überflüssig macht.

Ziehen wir nun die Konsequenzen für die Landwirtschaft, dabei als Hypothese voraussetzend, daß die Landwirtschaft so weit wie möglich in die Gesamtwirtschaft integriert werden wird. Falls diese Hypothese richtig ist, kann die Landwirtschaft für sich keine von der allgemeinen Wirtschaftspolitik abweichenden Grundsätze der staatlichen Förderung beanspruchen. Vielmehr sollte die Unterstützung, welche die Regierung der Landwirtschaft gewährt, auf gleiche Weise motiviert werden wie bei anderen Gewerbezügen. Dieser Standpunkt beinhaltet, daß eine konservative Agrarpolitik, die zum Schutze des traditionellen Familienbetriebes die Rationalisierung der Agrarproduktion nur bis zu einer gewissen Grenze akzeptiert, nur noch geringe Möglichkeiten hat, realisiert zu werden. Unterstützung der Landwirtschaft bleibt möglich, wenn die zwei erwähnten Wertvorstellungen auch für die Landwirtschaft als verbindlich erklärt werden. Unterstützung nicht, um die Landwirtschaft in einem dauernden Ausnahmezustand zu erhalten, sondern um ihr den Übergang zu einer möglichst völligen Integration zu ermöglichen.

Dies bedeutet konkret: Die staatliche Unterstützung soll solche Strukturänderungen zustandekommen lassen, daß das Subventionsbedürfnis auf ein Minimum reduziert wird. Es ganz zum Verschwinden zu bringen, wird wahrscheinlich niemals möglich sein.

Überdies kann die Landwirtschaft auf Grund der neuen Motivierung Unterstützungen verlangen, die verhindern, daß das Einkommen mancher Bauern unter ein bestimmtes Minimum sinkt.

Nun kann man behaupten, daß diese zwei Wertvorstellungen auch der heutigen Agrarpolitik zugrunde liegen. Aber dann soll man nicht vergessen, daß in der heutigen Agrarpolitik die makro-ökonomischen und die mikro-sozialen Wertvorstellungen in einer Weise vermischt sind, daß es schwer zu sagen ist, welche Folgen der ökonomischen und welche Folgen der sozialen Politik zuzuschreiben sind. Schwerwiegender

ist aber, daß infolge der Mischung ökonomischer und sozialer Maßnahmen die Großbauern mehr Nutzen aus der Agrarpolitik ziehen als für eine ökonomische Lenkung erforderlich ist, und die Kleinbauern weniger bekommen, als aus sozialen Gründen wünschenswert wäre. Ein deutlicher Unterschied zwischen makro-ökonomischen und mikro-sozialen Werten beinhaltet auch eine deutliche Grenzziehung zwischen lenkenden und unterstützenden Maßnahmen.

Anhand dieser Wertvorstellungen kann auch der Mansholt-Plan beurteilt werden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß dieser Plan so ausgeführt wird, wie er formuliert wurde. Damit soll aber nicht gesagt werden, dieser Plan sei ein Fehlschlag. Die Bedeutung dieses Planes liegt in den Wertvorstellungen, die implizite geäußert werden. Eine Konservierung der Landwirtschaft wird aufgrund makro-ökonomischer Wertvorstellungen für falsch gehalten. Eine rücksichtslose Sanierung auf kaltem Wege, das heißt eine Lösung des Agrarproblems im freien Spiel der ökonomischen Kräfte, wird ebenfalls abgelehnt, weil eine solche Politik mit der mikro-sozialen Wertvorstellung unvereinbar ist. Der Mansholt-Plan akzentuiert - und zwar in quantifizierender Weise - beide Wertvorstellungen in der gemeinsamen Agrarpolitik der EWG. Damit ist zwar nicht juristisch aber wohl faktisch der Vertrag von Rom neu interpretiert worden, insofern als darin der Bauerntumsideologie kein Platz mehr eingeräumt wird.

Hier ist die Rede von einer Entideologisierung der Agrarpolitik. Dies bedeutet sicher nicht, daß künftig der Agrarpolitik keine Wertvorstellungen mehr zugrunde liegen. Auch in Zukunft wird die Agrarpolitik von Wertvorstellungen beeinflußt werden. Es ist aber meines Erachtens nicht zu erwarten, daß die Wertvorstellungen sich zu Ideologien verfestigen und formalisieren werden.

Wie die Agrarpolitik konkret aussehen wird, wenn die hier beschriebenen neuen Wertvorstellungen das Leitbild bestimmen, läßt sich schwer voraussagen. Auf der Grundlage dieser Wertvorstellungen, und vielleicht auch infolge des Beitritts Großbritanniens zur EWG ist es möglich, daß in absehbarer Zeit schärfer zwischen unterschiedlichen Stützungsmaßnahmen differenziert wird, und zwar zwischen Subventionen, die eng verbunden sind mit der Realisierung struktureller Änderungen, und einer sozialen Politik, die jenen Bauern hilft, die das Opfer der Strukturmaßnahmen sind oder werden.

Die Komplexität der Realität - Agrarpolitik ist oft auch Regionalpolitik; ein Mangel an Lebensmitteln muß unter allen Umständen verhütet werden; die Landschaft darf nicht zerstört werden - bewirkt, daß schematische Agrarprogramme nur von beschränkter Bedeutung sind. Das ändert jedoch nichts an der Wichtigkeit der hier erwähnten Wertvorstellungen. Denn, wenn wir die für die Agrarpolitik ziemlich neuen Wertvorstellungen richtig skizziert haben, dann kann man sagen, daß die Agrarpolitik in den kommenden Jahren in einer Umwelt durchgeführt werden muß, in der die Abweichung von diesen Wertvorstellungen und nicht ihre Betonung die meisten Schwierigkeiten mit sich bringen wird.

7. Schluß

Die vorgehende Erörterung soll nicht als ein Wunschbild des Verfassers angesehen werden, sondern als ein Versuch, die heutige Entwicklung der Wertvorstellungen bezüglich der Landwirtschaft objektiv zu beschreiben. Ich bin mir der Unvollkommenheit dieser Beschreibung

bewußt. Einerseits läßt sich der Einfluß eigener Wertvorstellungen schwer völlig ausschalten, und andererseits muß man sich vielfach mehr auf Eindrücke als auf unwiderlegbare Tatsachen verlassen. Deshalb ist manchmal die Rede von hypothetischen Voraussetzungen. Die wichtigste Hypothese ist, daß sich ein Festhalten an den Wertvorstellungen der Bauerntumsideologie für den Bauern nicht günstig auswirken kann, und zwar aufgrund dessen, was wir externe Inkonsistenz genannt haben. An die Stelle der Bauerntumsideologie treten makro-ökonomische und mikro-soziale Wertvorstellungen. Diese sind die zentralen Wertvorstellungen des sogenannten Wohlfahrtsstaates. (Besser wäre es, von Versorgungsstaat zu sprechen; denn nicht die Höhe des Nationalproduktes pro Kopf steht hier in Frage, sondern die Weise, in der der Staat seinen Einfluß auf den ökonomischen Prozeß geltend macht.)

Obwohl in den Niederlanden die Kombination dieser zwei Wertvorstellungen sicher vorzuherrschen scheint, kann man nicht sagen, daß andere Wertvorstellungen ganz fehlen. Auch in den Niederlanden gibt es Vertreter der Bauerntumsideologie. Sehr auffällig ist aber, daß im letzten Dezennium die Verteidigung dieser Ideologie erheblich schwächer geworden ist. Heute kann ein Landwirtschaftsminister ohne Reserviertheit sagen, daß innerhalb einiger Jahre die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zur Hälfte reduziert werden soll; vor zehn Jahren würde ein solcher Ausspruch wahrscheinlich das Ende einer politischen Karriere veranlaßt haben. Vor zehn Jahren brachten auch die Bauernverbände kräftige Beschwerden gegen die vertikale Integration vor; heute sind auch diese Widerstände verschwunden.

Auf der anderen Seite kann man auch eine mehr oder weniger dogmatische Verteidigung des Ökonomismus feststellen; die mikro-soziale Wertvorstellung wird beseitigt und nur die makro-ökonomische betont. Aber auch hier muß man sagen, daß der Einfluß des Ökonomismus scheinbar gering ist im Vergleich mit den Wertvorstellungen des Wohlfahrtsstaates.

Gibt es dann eine völlige Einmütigkeit angesichts der Probleme der Landwirtschaft? Ist das Agrarproblem nicht länger eine politische Angelegenheit und nur eine mit technischen Mitteln zu lösende Schwierigkeit? Das kräftige Wiederaufleben ideologischen Denkens in den sechziger Jahren hat auch in der Agrarpolitik Fragen aufgeworfen, welche entweder neu sind oder welche vordem als bereits gelöst betrachtet wurden. Aufs neue stellt sich die Frage nach der Gerechtigkeit einer Entwicklung, welche den Kleinbauern aus der Landwirtschaft treibt. Diese Frage wird nicht nur erörtert von der politischen Rechten, sondern auch von denen, die eine radikale linke Politik vertreten. Rechtsstehende Politiker betonen in dieser Hinsicht die Wichtigkeit einer breiten Schicht von selbständigen Unternehmern, radikal linke Politiker vertreten die Auffassung, daß es nicht richtig sei, daß Kleinbauern aufgrund makro-ökonomischer Erwägungen den Großbauern weichen müssen. Radikal Linke wie Rechte sind deshalb für eine Abbremsung der weitergehenden Rationalisierung der Landwirtschaft, wenn auch aufgrund von sehr verschiedenen Wertvorstellungen. Daß die radikalen Linken in dieser Hinsicht jedoch keine zuverlässigen Bundesgenossen der radikalen Rechten sind, geht aus dem kräftigen Interesse der links gerichteten Politiker für die Probleme der Entwicklungsländer hervor. Wenn man eine Agrarpolitik vertritt, welche den Kleinbauern einen besseren Schutz leistet als die heutige Agrarpolitik, dann kommt man um weitere Protektion des Europäischen Agrarmarktes nicht umhin. Aber die Europäische Protek-

tion wirkt sich, wie diese Politiker betonen, ungünstig für die Entwicklungsländer aus.

Nicht nur die Einstellung gegenüber den Lebensumständen der Kleinbauern, sondern auch das Problem der Pflege der Kulturlandschaft kann veranlassen, daß man weniger Wert auf die weitere Rationalisierung der Landwirtschaft legt. Die chemische Landwirtschaft wird von den intellektuellen Vertretern sowohl von der politischen Rechten wie auch von der politischen Linken sehr kritisch betrachtet. Zu erwarten ist, daß es in dieser Hinsicht weitere Verordnungen geben wird; eine weitergehende Industrialisierung der Landwirtschaft wird damit jedoch nicht verhütet. Es wird aber auch die Auffassung vertreten, nach Agrargebieten zu differenzieren; das heißt, in einigen Gebieten eine möglichst moderne Landwirtschaft zu entwickeln, und in anderen Gebieten der Industrialisierung der Landwirtschaft deutliche Grenzen zu setzen.

Diese Gedanken sind nicht neu. Der Parkwächter ist seit Jahren ein guter Bekannter in der agrarsoziologischen Literatur. Erwähnenswert ist nur, daß wir ihn im Feld noch immer kaum finden können. Obwohl die Bedenken gegen die heutige Agrarpolitik ernst genommen werden müssen, kommt man zu dem Ergebnis, daß wenigstens für die Niederlande die Kombination makro-ökonomischer und mikro-sozialer Wertvorstellungen noch als Fundament einer fortschrittlichen aber nicht utopischen Agrarpolitik gilt. Was freilich heute als fortschrittlich gilt, kann morgen anders heißen.

Literatuur

- 1 BACH, H.: Bäuerliche Landwirtschaft im Industriezeitalter. Berlin 1967.
- 2 BELLAH, R.N.: Tokugawa Religion; the values of pre-industrial Japan. Glencoe 1957.
- 3 BREMAN, J.C.: Uitgestelde bevrediging, ondernemersgedrag en economische groei. Mens en Maatschappij, jrg. 41, 1966, pp 1-20.
- 4 ELVEEN, J. MC.: Farm number, farm size and farm income. Journal of Farm Economics, febr. 1963, p. 9/10.
- 5 HEADY, Earl O. and BURCHINAL, Lee G.: The concern with Goals and Values in Agriculture. In: Goals and Values in Agricultural Policy. Iowa 1961.
- 6 JANSEN, A.J.: De sociale gevolgen van de mechanisatie in de landbouw. Bulletin no. 30 Afd. Soc. Wetenschappen aan de Landbouwhogeschool. Wageningen 1968.
- 7 KUNOWSKI, von K.: Diskussionsbeiträge, Sociologia Ruralis, Vol. V, 1962, pp. 157-158.
- 8 NOOIJ, A.T.J.: Values in European Agricultural Policies. Sociologia Ruralis, Vol. V, 1965, pp 77-93.
- 9 DERS.: Political Radicalism among Dutch Farmers. Sociologia Ruralis, Vol. IX, 1969, pp. 43-61.
- 10 NOORT, v.d. P.C.: Omvang en verdeling van het agrarisch inkomen in Nederland. Wageningen 1965.
- 11 RIEMSDIJK, v. J.F.: De landbouw conserveren of vernieuwen. Economisch-Statistische Berichten, jrg. 53, 1968, p. 590.
- 12 ZICHE, J.: Kritik der deutschen Bauerntumsideologie. Sociologia Ruralis, Vol. VIII, 1968, pp. 105-141.